

Dresdener Nachrichten

Gegründet 1856

Veranstaltung: Nachrichten Dresden.
Brennstoffe: 25 241.
Nur für Nachgelieferter: 20011.

Bezugs-Gebühr in Dresden bei täglich zweimaliger Zustellung monatlich M. 3.—, oder durch die Post bei täglich zweimaliger Versand monatlich M. 3.—.
Anzeigen-Preise. Die 1spaltige Zeile M. 7.—, zweispaltige M. 8.—, Familienanzeigen, Anzeigen unter Stellen- und Wohnungsmarkt, 1spaltige Zeile und Verträge die Zeile M. 5.—, Vorzugsplätze laut Tarif. Zusätzliche Aufträge gegen Vorzahlung. Einzelpreis des Vorabendblattes M. 1,50.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle
Markenstraße 38/40.
Druck u. Verlag von Ullrich & Reichardt in Dresden.
Polisch-Bank 1068 Dresden.

Nachdruck nur mit bewilliger Quellenangabe („Dresdener Nachr.“) zulässig. — Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt

Minister Lipinski über die Zwickauer Vorgänge.

116. Sitzung des sächsischen Landtags.

Dresden, den 6. Juli 1922.

Die Sitzung wird 10 Uhr von dem Präsidenten Frähdorf eröffnet.

Am Regierungstische: Innenminister Lipinski.

Der Landtag beschließt die Vorlage über die Bildung einer Hilfspolizei und den Antrag der kommunistischen Fraktion auf Erlass einer Amnestie ohne Vorberatung den Ausschüssen zu überweisen.

Vor Eintritt in die Tagesordnung gibt Innenminister Lipinski eine Darstellung der Zwickauer Vorgänge.

Der Minister führt aus: In der Presse sind eine Reihe von Mitteilungen über die Vorgänge in Zwickau erschienen, an die sich eine Menge von Gerüchten angeknüpft haben. Es ist außerdem vielfach die Frage an die Regierung gestellt worden, was sie denn getan habe, um diesen Vorgängen entgegenzuwirken. Ich möchte kurz folgendes sagen:

Am Dienstagabend nach Schluß des Landtages hat die Regierung die ersten Mitteilungen von den Vorgängen in Zwickau erhalten. Die bisherigen Ermittlungen haben ergeben, daß die Demonstration am Dienstag in Zwickau würdig und ruhig verliefen ist, daß sich aber nach dieser Demonstration Personen gegen den Vorsitzenden der Deutschen Nationalen Partei gewandt haben, und daß eine andere Gruppe, unabhängig von jener, wiederum sich gegen die Polizeimache gewandt hat mit der Aufforderung, daß die bei der städtischen Polizei delegierte arüne Polizei von der blauen Polizei nicht unterstützt werden dürfe. Nachdem dies abgelehnt worden war, ist die Polizei in die im Rathaus gestürzt worden. Darauf ist Schutz erbeten worden von der Landespolizei. Der Schutz ist gewährt worden, aber nicht zur Ausführung gekommen, weil auf dem Wege zum Rathaus die Polizei umringelt, zum Teil entwaffnet und zum Rückzug gezwungen worden ist. Die Folge davon war, daß sich nunmehr der

Schutz für die Sicherheit Sorge tragen wollte. Ich habe weiter angeordnet, daß zwei Regierungskommissare nach Zwickau gehen, weil der Regierungskommissar in Zwickau die Verbindung verloren, von der revolutionären Masse verprügelt worden und nach Glauchau gegangen war. Der Kommissar Hofmann hat mir gestern vormittag mitgeteilt, es gebe nur zwei Möglichkeiten, entweder auf den Vorschlag des Aktionsausschusses einzugehen, oder eine größere Verhärterung heranzuziehen, die mit vollem Einsatz der Kraft die Autorität des Staates wieder herstellt. Ich habe mich bereit erklärt, dem Vorschlag des Aktionsausschusses anzustimmen unter der Bedingung, daß der Aktionsausschuh die Bürgerschaft übernehme, daß die öffentliche Ruhe und Sicherheit gewährleistet werde. Der Aktionsausschuh ist in Tätigkeit getreten, hat mit den Unternehmerverbänden, mit Stadtrat und Kreisbauernschaft verhandelt und von diesen Zwischenerverträgen die Zustimmung erhalten, daß der Ausfall der Löhne gedeckt werden soll. (Zuruf von rechts: Erpreßung! Zuruf von links: Weil sie Angst hatten, daß sie sonst Dreieck freigeht!) Es ist weiter versucht worden, beruhigend auf die Masse einzuwirken, und es ist mit den Kommissaren vereinbart worden, daß, wenn bis abends 8 Uhr der Aktionsausschuh die Ruhe und Ordnung in Zwickau nicht hergestellt habe, dann von den Wuchsmitteln des Staates Gebrauch gemacht werden solle, und zwar habe ich angeordnet, daß für diesen Fall die Gendarmerie und die Landespolizei von Glauchau und Chemnitz verstärkt werde. Wegen 9 Uhr ist mir mitgeteilt worden, daß die organisierte Arbeiterschaft eine eigene Polizei gegründet habe und daß sie durch einen Patrouillenendienst die Ruhe soweit wiederhergestellt habe, daß die am Nachmittag eingetretenen Plünderungen unterdrückt und 50 jugendliche Personen verhaftet worden sind, die Kasernen freigelegt und Ansammlungen sich nicht mehr bemerkbar gemacht haben. Der Kommissar teilte mir mit, daß die Lage völlig entspannt sei. Ich habe demnach angeordnet, daß meine Anweisungen weiter verfolgt werden sollten für den Fall, daß ein Rückschlag eintritt. Ich konnte heute 11 Uhr anordnen, daß der Transport von Kamenz, verkehrt durch Dresdener Landespolizei, in Dresden aufgehalten wurde. Die Ruhe und Ordnung ist hergestellt. Damit ist die Gefahr eines weiteren Ausbruchs beseitigt. Wer die Schuld an diesen Vorgängen trägt, kann ich im Augenblick nicht feststellen. Ich will der Untersuchung nicht vorzuziehen. Ich stimme daher dem Vorschlag zu, daß die Ansprache zurückgestellt wird. Die drei Zwickauer Landtagsabgeordneten Vanahorn, Graupe und Kautsch sind abgereist, um helfend einzugreifen. Die Regierung hat ihrerseits getan, was getan werden konnte. Ich bin erfreut, daß es vermieden worden ist, daß neben den Verlusten,

14 Tote und 60 bis 70 Verletzte der Zivilbevölkerung 6 Verwundete und 10 Vermißte der Landespolizei, weitere Verluste eingetreten sind.

Abg. Siemer (Komm.) zeigt mehrere Gewehrpatronen vor und ruft: Diese Dum-Dum-Geschosse sind den Fabrikanten abgenommen worden! Präsident Frähdorf: Das können Sie ja später vorbringen!
Abg. Wähler (D. V.): Ich bin von Donnerstag bis gestern mittag verreckt gewesen. Heute morgen wird mir mitgeteilt, daß Abgeordneter Langrod im Landtage folgende Behauptung aufgestellt habe: Ich hätte eine telegraphische Anfrage an das Reichswehrregiment in Neuhammer gerichtet mit der Anfrage: „In wieviel Stunden marschbereit?“ Ich hätte darauf die Antwort erhalten: „Wir sind sofort marschbereit. In fünf Stunden in Dresden.“ Die Behauptung des Abgeordneten Langrod ist von Anfang bis Ende erfunden. Wir haben ein Interesse daran, zu erfahren, von wem ihm solche verleumdenden Hechnachrichten angetragen worden sind.
Das Haus tritt darauf in die Tagesordnung ein.

Dollarkurs 455.

Nach zweitägiger Rempause mit etwas gemindertem Tempo des Anstiegens der Devisenkurse trieb die Devisenbörse am Donnerstag wieder ungeheuerliche Blüten. Die amtliche Notierung verzeichnet einen Stand des Dollars von 455, nachdem er im Freiverkehr bereits mit 460 gehandelt worden war. Neben der völlig ungeklärten Lage im Innern trugen zweifellos die an der Börse verbreiteten und in unigen Gerüchte über Wordattentate auf Bauer, Scheidemann und v. Gerlach zu dieser Entwicklung bei, Gerüchte, die durch die Kalamität der Berliner Presse begünstigt wurden.

Der Reichsjustizminister über das Schutzgesetz

(Eigener Drahtbericht der Dresdn. Nachrichten.)
Berlin, 6. Juli. Im Rechtsausschuh des Reichstags sind zur Beratung des Gesetzesentwurfes zum Schutze der Republik verschiedene Anträge eingebracht worden, die u. a. den Kreis der zu schützenden Personen noch erweitern wollen. Das Zentrum beantragte, daß Personen, die an einer Vereinigung teilnehmen, von der sie wissen, daß es zu ihren Zielen gehört, Mitglieder einer im Amte befindlichen oder einer früheren republikanischen Regierung oder einer Volksvertretung des Reiches oder eines Landes zu sein, mit lebenslänglichem Zuchthaus bestraft werden sollen. Der Schutz des Gesetzes soll sich also auch auf die Mitglieder der Volksvertretung erstrecken. Strafflos soll bleiben, wer der Behörde oder der durch das Verbrechen bedrohten Person rechtzeitig Anzeige macht, bevor ein Verbrechen begangen worden ist.

Reichsjustizminister Dr. Rabbruch

führt die Gründe an, die für die Reichsregierung maßgebend waren, hakt der Form einer Verordnung ein Gesetz zu wählen. Eine Verordnung würde mit dem vorübergehenden Wesfall der Gefahr verfassungsgemäß wieder beseitigt werden müssen. Es würde ein Zustand eintreten, wie er sich nach dem Erzbergermord und vor dem Rathenau-Mord gezeigt habe. Die Gefahr würde in Wahrheit nicht verschwinden, aber sie würde abklingen und infolgedessen würde die Verordnung außer Kraft treten müssen, so daß die Reichsregierung in den vorbereitenden Stadien eines neuen Verbrechens nicht genügend bewaffnet sei. Das Gesetz ermögliche nun, daß allmähliche Anheben einer neuen Gefahr wirkungsvoll abbrochen zu können und damit reinigend und vorbeugend zu wirken. Dr. Rabbruch nahm dann Stellung zu der Behauptung, daß das Gesetz in einseitiger Richtung gegen rechts angewandt werden solle. In dem Gesetz werde Bezug genommen auf die verfassungsmäßige republikanische Staatsform, so daß das Gesetz gegen jede Anwendung dieser republikanischen Staatsform sei. Was die in dem Gesetz enthaltene Todesstrafe betreffe, so habe sich der Minister nur schwer dazu entschlossen, in das Gesetz eine solche Bestimmung aufzunehmen. Das bedeuete aber keine positive grundsätzliche Stellungnahme zu dem Problem der Todesstrafe. Solange das deutsche Strafrecht die Todesstrafe kenne, solange sei sie auch in das Gesetz zum Schutze der Republik aufzunehmen, um damit deutlich darzutun, daß die im Gesetz angedeuteten Taten in der That der Verbrechen schwerere unmittelfbar hinter dem schwersten Verbrechen, das wir kennen, hinter dem Morde, einzureihen sind.
Abg. Dr. Düringer (D. V.) verwies darauf, daß es infolge der Schnelligkeit, mit der das Gesetz zustande gekommen solle, nicht möglich gewesen sei, daß die einzelnen Fraktionen miteinander Fühlung nahmen. Deshalb seien Anträge gestellt worden, die sich wiederholten und in verwickelten Formen daselbe sahen. Die Ausführungen des Reichsjustizministers hätten ihn (Redner) nicht überrascht können. Eine Verordnung hätte in diesem Falle den gleichen Zweck erfüllt wie ein Gesetz. Aber er möchte der formalen Frage ob Verordnung oder Gesetz, keine hervorragende Bedeutung beimessen. Im übrigen könne er namens seiner Parteifreunde erklären, daß sie den Anträgen des Zentrums im großen und ganzen durchaus sympathisch gegenüberstünden. Von den Mehrheitssozialdemokraten ist eine große Reihe von Abänderungsanträgen zur Erneuerung und Verschärfung des Gesetzes eingebracht worden.

Abg. Dr. Levi (Unabh.) erklärte die Definition des Gesetzes nach allen Richtungen hin für zu eng. Eine Demokratie und eine Republik beruhten nicht auf den verordneten Instanzen, sondern auf den großen Kräften, die sich außerhalb der verordneten Instanzen für Demokratie und Republik einsetzten. Personen, die diese Kräfte repräsentierten, müßten ebenfalls geschützt werden. Der Redner erinnerte beispielsweise an die Gewerkschaften und an die Vertreter der öffentlichen Meinung, die nicht minder als die Minister ein Stütz der Demokratie und der Republik seien.

Der Zeitungsstreik für die sozialistische Presse zu Ende.

(Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.)
Berlin, 6. Juli. Der Zeitungsstreik ist zu Ende, aber nur für die sozialistischen Blätter, die bürgerlichen werden nicht gedruckt. Der „Vorwärts“ kehrt sein „Bedauern“ über das Nichterscheinen der bürgerlichen Presse, besonders jenes Teiles von ihr, der mit uns auf dem Boden der Republik steht und fügt hinzu: „Wir sagen allen denen, die heute nur gezwungen zu diesem Blatte greifen, daß dieser Zwang unseren Wünschen nicht entspricht.“ Die „Freiheit“ wird in der „Vorwärts“-Druckerei hergestellt.

Verhandlungen im Zeitungsstreik.

(Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.)
Berlin, 6. Juli. Im Zeitungsstreik finden heute nachmittags beim Reichsarbeitsminister Verhandlungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern statt.

Die Umbildung der Regierung.

(Eigener Drahtbericht der Dresdn. Nachrichten.)
Berlin, 6. Juli. Der Eintritt der Unabhängigen in die Reichsregierung war gestern mittag Gegenstand der Besprechungen der Regierungsparteien. Wie wir aus parlamentarischen Kreisen hören, haben diese Besprechungen ein Ergebnis nicht gezeigt und auch nicht gezeigt können, da die Vertreter der bürgerlichen Parteien zunächst ihre Fraktionen zu dieser Frage Stellung nehmen lassen müssen. Die Vertreter des Zentrums und der Demokraten haben grundsätzlich den Standpunkt vertreten, daß, wenn eine Erweiterung des Kabinetts erfolgen solle, diese gleichzeitig nach links und rechts stattfinden müsse. Die unabhängige Sozialdemokratie hat an ihren Eintritt in die Regierung lediglich die Forderung geknüpft, im Kabinett vertreten zu sein. Weitere besondere Forderungen sind von ihr nicht erhoben worden. Dagegen verhalten sie sich, soweit wir unterrichtet sind, gegen eine Einbeziehung der Deutschen Volkspartei in die Regierung in der Mehrheit ablehnend. Weitere Verhandlungen zwischen den Regierungsparteien würden stattfinden, wenn die Besprechungen in den Fraktionen zu einem Abschluß gekommen sind.

Der „Vorwärts“ legt sich stark ins Zeug für eine Einziehung der Unabhängigen in die Regierung. Die Republik könne nur durch eine republikanische Mehrheit die notwendigen Maßnahmen zu ihrem Schutze ergreifen. Dasse die Opposition so sich annehmen, daß sie bei der entscheidenden Abstimmung mehr als ein Drittel der Stimmen erhalte und das Gesetz in Kraft bringe, so müßten die Wähler gegen sie aufzutreten haben. Die unabhängige „Freiheit“ erklärt, daß

ganze Proletariat sei enttäuscht und empört, daß trotz der Anstrengungen der Reichsregierung bisher nichts Durchgreifendes gegen die militaristische und monarchistische Reaktion geschehen sei. Das Blatt verlangt, daß die Ausführungen der Verordnungen und Gesetze mehr als bisher durch das Proletariat beeinflusst werde. Unter eventueller Eintritt in die Regierung, heißt es weiter, kann nur als außerordentlicher Schritt in einer Ausnahme-situation in Frage kommen. Aber es ist noch sehr fraglich, ob es überhaupt zu diesem Schritte kommt. Schon mehrten sich aus dem Zentrum und der Demokratischen Partei die Stimmen gegen den Eintritt der U. S. P. in die Regierung. Die gegenwärtige Regierung dürft, sobald unsere Partei ihr die Unterstützung entzieht. Diese Situation herbeizuführen, hat unsere Partei jeden Tag in der Hand. Dann müssen Zentrum und Demokraten Farbe bekennen. Schließen sie sich noch rechts, verlangen sie die Aufnahme der Volkspartei in die Regierungskoalition, so ergibt das für die Sozialdemokratie in der gegenwärtigen Situation eine so schwere Belastungsprobe gegenüber ihrem Arbeiteranhang, daß sie diesen Schritt unmöglich mitmachen kann.

Der 11. August Nationalfeiertag?

Berlin, 5. Juli. Die Regierungsparteien des Reichstages sind übereingekommen, durch einen gemeinsamen Initiativentwurf die Einsetzung eines nationalen Feiertages herbeizuführen. Ueber diesen nationalen Feiertag ist in den letzten Jahren bereits mehrfach verhandelt worden, ohne daß man sich innerhalb der Parteien, die in der Sache an sich vollkommen übereinstimmen, über den geeigneten Tag einigen konnte. Diese Einigung ist nunmehr erfolgt. Es soll nach dem Antrag der Parteien der 11. August, der Tag der Verkündung der Verfassung, als Nationalfeiertag eingesetzt werden.